Stand: 07.09.2026 10:39:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/11882

"5 Jahre Klimaabkommen von Paris - jetzt umsteuern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/11882 vom 08.12.2020
2. Beschluss des Plenums 18/12009 vom 10.12.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 66 vom 10.12.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.12.2020 **Drucksache** 18/**11882**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

5 Jahre Klimaabkommen von Paris – jetzt umsteuern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt angesichts des 5. Jahrestags des Pariser Klimaabkommens und der aktuellen Erfahrung aus der Corona-Pandemie fest:

- Der Klimawandel muss endlich als Klimakrise begriffen werden und sowohl die Folgen des Klimawandels als auch der Handlungsbedarf deutlich kommuniziert werden.
- Der Klimawandel ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern wird die Lebensbedingungen über Generationen verschlechtern.
- Klimapolitik muss endlich auf eine wissenschaftsorientierte Basis gestellt werden.
- Jedes Land und jedes Bundesland hat seine Verantwortung wahrzunehmen und seinen Anteil zu leisten, den völkerrechtlich bindenden Vertrag von Paris umzusetzen und den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf möglichst 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.
- Krisen wie die Erdüberhitzung werden nicht alleine durch Anreize und Förderungen bewältigt. Sie brauchen einen klaren Rechtsrahmen. Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben dies gezeigt.
- Der Schutz von Mensch und Umwelt hat Vorrang. Die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft ist entschlossen durchzuführen und durch eine breite Kampagne zum Klimaschutz zu begleiten.
- Eine mutige Entscheidung für ein europäisches Klimaschutzgesetz mit einer Reduktion der Treibhausgasemissionen von 60 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 ist notwendig.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf,

- die Krisenbewältigung gemeinsam zu denken und klimaschädliche Unterstützungsmaßnahmen zügig einzustellen und stattdessen sozial-ökologische Umbaumaßnahmen zu fördern
- ein rechtlich verbindliches CO_2-Budget für den Freistaat einzuführen, das den Pariser Klimazielen entspricht
- als einen wichtigen Baustein die Erneuerbaren Energien Sonne und Wind als Rückgrat der bayerischen Energieversorgung bis 2030 zügig auf mindestens 30 Gigawatt (GW) Solarkraft und 10 GW Windkraft auszubauen
- sämtliche Entscheidungen unter einen Klimavorbehalt zu stellen und förmlich zu überprüfen, welche Alternativen am besten geeignet sind, die Pariser Klimaziele einzuhalten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Coronakrise und Klimakrise werden in der öffentlichen Diskussion oft verglichen. Wenngleich es große Unterschiede gibt (z. B. Folgen treten bei der Klimakrise erst Jahre und Jahrzehnte später auf, Folgen sind nicht vorübergehend) gibt es auch eine Fülle von Parallelen: Beide Krisen sind weltweite Krisen, die nur unter aktiver Beteiligung aller Länder gelöst werden können. Nicht-Handeln oder verspätetes Handeln führt zu höheren Schäden.

Angesichts des 5. Jahrestags der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens ist es dringend nötig, endlich Konsequenzen zu ziehen. Denn in den vergangenen fünf Jahren ist keine Trendwende in der Klimapolitik Deutschlands und Bayerns zu erkennen. In Bayern sind die energiebedingten CO_2-Emissionen weiter gestiegen, die Anzahl der Pkw's ebenso wie die Anzahl der Fluggäste am Münchner Großflughafen haben bis zur Coronakrise zugenommen. Die von der Staatsregierung verkündeten 96 Maßnahmen können von ihr selbst hinsichtlich ihrer Reduktionswirkungen nicht beziffert werden. Deutschland ist nach dem neuesten internationalen Ranking der Klimaschutzbemühungen weiterhin nur im Mittelfeld.

Gerade die Coronakrise zeigt, wie wichtig entschlossenes und rechtzeitiges Handeln ist. Es erfordert klare Leitplanken und Steuerungsinstrumente, eine Politik der Anreize und Förderungen reicht offensichtlich nicht aus. Auch wird deutlich, dass alleine mit Technologien die Probleme nicht gelöst werden können. Vielmehr ist solidarisches Handeln wichtiger denn je. Individuelle Freiheit darf nicht dazu führen, dass andere Menschen Schaden leiden. Darum sind verschiedene klimaschädliche Lebensweisen verstärkt zu hinterfragen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 10.12.2020 **Drucksache** 18/**12009**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**11882**

5 Jahre Klimaabkommen von Paris – jetzt umsteuern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Florian von Brunn
Abg. Dr. Martin Huber
Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Christian Klingen
Abg. Benno Zierer
Abg. Christoph Skutella

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
5 Jahre Klimaabkommen von Paris - jetzt umsteuern (Drs. 18/11882)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
5 Jahre Klimaschutzabkommen von Paris - Höchste Zeit für Wahrheit, Klarheit und eine Wende auch in Bayern! (Drs. 18/11906)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In diesen Tagen reden wir fast nur über Corona, und das vollkommen zu Recht. Fast 600 Corona-Tote an einem Tag müssen uns alarmieren und ein konsequentes Handeln auslösen.

Die Corona-Krise bindet unsere Aufmerksamkeit. Die anderen Krisen machen deshalb aber leider keine Pause. Das Artensterben geht genauso weiter wie die Erdüberhitzung oder der weltweite Hunger.

Erst vor wenigen Tagen mussten wir lesen, dass auch dieses Jahr, das vollkommen von Corona geprägt war, die Geschwindigkeit des Anstiegs an Treibhausgasemissionen weltweit nur gedämpft wurde. Der Trend geht aber immer noch weiter nach oben. Da sagen wir GRÜNE ganz klar: Wir brauchen jetzt endlich eine Trendwende beim Anstieg der Treibhausgasemissionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schon im April dieses Jahres haben die Jugendlichen von Fridays for Future ihre Klimastreiks wegen der Pandemie abgesagt. Gleichzeitig haben sie aber auch die klare Forderung "Fight every Crisis" gestellt.

"Fight every Crisis": Ja, es ist Zeit. Wir müssen jetzt endlich jede Krise bekämpfen. Der Klimawandel fordert bereits heute zahlreiche Hitzetote, und in Zukunft werden wir noch mehr zu beklagen haben.

Es gilt mehr denn je, dass wir bei der Lösung der einen Krise die Lösung der anderen Krise fest im Blick haben. Dafür müssen wir sorgen.

Diesen Samstag, dem 12. Dezember, jährt sich der Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens nun zum fünften Mal. Es wurde damals nach zähen Verhandlungen beschlossen und war ein Meilenstein in der Geschichte der Klimakonferenzen. Fünf Jahre nach diesem historischen Beschluss muss es uns jetzt endlich gelingen, diesen Scheitelpunkt zu überschreiten und in eine Reduktion der Treibhausgasemissionen einzusteigen, sodass die Kurve wirklich nach unten zeigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir waren dieses Jahr gezwungen, bei der Krisenbekämpfung bittere Erfahrungen zu sammeln. Die Corona-Pandemie hat uns bisher aber zwei wesentliche Punkte gelehrt.

Erstens. Um Erfolg zu haben, muss man schnell sein. Wir müssen rechtzeitig handeln, bevor das Ganze eine Eigendynamik entwickelt und wir das Geschehen nicht mehr im Griff haben.

Zweitens. Die Maßnahmen müssen verbindlich sein, und wir müssen entschlossen handeln. Es sind klare Vorgaben gefragt; reine Appelle reichen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Schäden und die Anzahl der Opfer sind wesentlich geringer, wenn wir nicht ständig abwarten, jedem Lobbyinteresse nachgeben und nur Appelle und Empfehlungen aussprechen.

Wenn wir auf Bayern schauen, sehen wir, dass aus diesen Lehren bisher wenig Konsequenzen gezogen wurden. Fünf Jahre nach Paris ist die bayerische Klimabilanz negativ, und die aktuelle Prognose – bessere Zahlen liefert die Staatsregierung leider nicht – führt zu folgendem Ergebnis: Auch bei Berechnungen nach Pro-Kopf-Emissionen – die nehmen Sie von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN immer sehr, sehr gerne, weil es da ein wenig besser aussieht – schafft die Staatsregierung gerade einmal eine Reduktion von 20 % im Vergleich zu 1990. Das wiederum ist gerade einmal die Hälfte des bundesdeutschen Schnitts. Da sagen wir ganz klar: Das ist viel zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In den letzten Jahren sind die Emissionen weiter gestiegen; das zeigt auch diese Prognose. Man kann gut nachlesen, dass die wesentlichen Ursachen dafür mehr und schwerere Autos sowie mehr Flugverkehr sind. Des Weiteren ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass – wir sagen das oft – die Stromimporte hier komplett unterschlagen werden. Die Bilanz würde sonst noch viel schlechter ausschauen.

Die CSU-Staatsregierung, die Söder-Staatsregierung schafft es bei den 96 Maßnahmen – Herr Martin Huber wird sicherlich gleich wieder ein Loblied darauf singen, wie toll das doch alles ist – nicht einmal zu sagen, was hier am Schluss an CO_2-Emissionen festzustellen ist, was diese wirklich bewirken. Das ist wirklich ein Trauerspiel.

Folgen wir genauso wie bei Corona endlich der Wissenschaft. Wenn wir das 1,5-Grad-Ziel erreichen wollen, müssen wir das Budget im Blick haben, und dieses Budget ist sehr begrenzt. Uns stehen nur noch diese 800 Millionen Tonnen zur Verfügung, und wir müssen jetzt kräftig handeln und mutige Schritte unternehmen.

Dafür sind zum Beispiel die klimaschädlichen Subventionen in den öffentlichen Haushalten auf null zu fahren. Außerdem brauchen die Corona-Unterstützungsmaßnahmen und vor allem die Wiederbelebungshilfen einen klaren Klimacheck. Wir fordern die Staatsregierung deshalb auf, dass sie alle Entscheidungen künftig unter einen Klimavorbehalt stellt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Schlüssel zum Erfolg liegt beim Klimaschutz bei den erneuerbaren Energien, das heißt, vor allem bei der Sonne und beim Wind.Bei der Photovoltaik müssen wir die Anstrengungen mindestens verdoppeln. Bei der Windkraft reicht eine Vervielfachung aber nicht aus, weil 5 x 0 auch 0 ergibt. Das werden Sie sicherlich feststellen. Die vielen kleinen Maßnahmen, die Herr Aiwanger vornimmt, sind nichts als Maniküre. Das Problem ist und bleibt die 10-H-Abstandsregelung. Dieses Klimaschutzverhinderungsinstrument muss endlich weg!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am fünften Jahrestag des Pariser Klimaschutzabkommens fordern wir die Staatsregierung auf: Machen Sie endlich mit dem Klimaschutz Ernst! Ab sofort müssen die CO_2-Emissionen real und nicht nur in Ihren geschönten Statistiken sinken. Ein erster Schritt kann dabei die Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Kollege Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In wenigen Tagen wird das Pariser Klimaschutzabkommen fünf Jahre alt. Die frühere Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, die das Abkommen in Paris maßgeblich mitverhandelt hat, hat in einer Bundestagsdebatte zur Ratifizierung gesagt: "Der 12. Dezember 2015 wird als das Datum in die Geschichte eingehen, an dem sich 195 Staaten auf einen gemeinsamen Weg zum Schutz unseres Klimas verständigt

haben." Sie betonte aber auch, dass wir weiterhin leidenschaftlich über unsere nationale Klimaschutzpolitik diskutieren und, wenn nötig, auch streiten sollten. – Sie hatte recht!

Gerade in Bayern ist es nötig, über die Klimaschutzpolitik der Staatsregierung zu streiten. Letztere hat hier klar versagt.

(Beifall bei der SPD)

Während die Emissionen in Deutschland insgesamt reduziert wurden, sinken die bayerischen Treibhausgasemissionen nicht. Im Gegenteil: Sie steigen weiter an. Weder der Ministerpräsident Markus Söder noch der zuständige Minister Thorsten Glauber verlieren darüber auch nur ein Wort. Sie versuchen, diese Tatsache durch hochtrabende Ankündigungen und bunte Werbebotschaften zu überspielen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der zentrale Bestandteil Ihrer Klimapolitik ist aber noch schlimmer. Das mit großen Worten angekündigte Klimamaßnahmenbündel weist erhebliche Mängel auf. Unterzieht man es einer gründlichen Prüfung, dann stellt man leider fest: Ihre sogenannten Klimamaßnahmen drohen zu scheitern, bevor sie ihre homöopathische Wirkung überhaupt entfalten können.

Die angebliche Klimapolitik von Herrn Söder und Herrn Glauber ist also in weiten und wichtigen Teilen entweder eine Mogelpackung oder ein Rohrkrepierer; vermutlich beides. Ich will das am Wald beispielhaft erläutern: Markus Söder selbst hat als Klimamaßnahme das Pflanzen von 30 Millionen Bäumen innerhalb von fünf Jahren angekündigt. Das ist ein leicht durchschaubarer Söder’scher Budenzauber; die Staatsforsten pflanzen ohnehin 25 Millionen Bäume innerhalb von fünf Jahren. Wer also genau hinsieht, stellt fest: Die mit dem bekannten Söder’schen Showeffekt verkündete Wunderzahl reduziert sich sehr schnell auf ein bescheidenes Ausmaß.

Das Schlimmste ist aber, dass Tausende neu gepflanzter Bäume wegen Trockenheit und Hitze im Wald absterben, bevor sie überhaupt eine positive Wirkung für das Klima entfalten können. Das zeigt: Ihre Politik steht auf tönernen Füßen.

Auch in anderen Bereichen, in denen Ihre Klimamaßnahmen wirken sollen, zeigt sich ein ähnliches Bild. Bei den groß angekündigten, hundert oder mehr neuen Windrädern im Staatsforst geht gar nichts voran, genauso wenig wie bei der Photovoltaikpflicht bei Neubauten. Eine kraftvolle Energiewende findet in Bayern genauso wenig wie eine Mobilitäts- und Verkehrswende statt! Sie wird ausgebremst.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf so nicht weitergehen! Bayern muss seiner Verantwortung gerecht werden und seinen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen leisten.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern deswegen hier im Landtag einen umfassenden Bericht, um die Defizite der Staatsregierung in der Klimapolitik zu analysieren. Sie können dann aus Ihren Fehlern lernen und es in Zukunft besser machen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere wichtigste Forderung lautet aber: Legen Sie endlich einen umfassenden und anspruchsvollen Plan für die sozial-ökologische Modernisierung des Freistaats vor! Das haben wir mit unserem Klimaschutz-Sofortprogramm schon getan. Jeder Minister und jede Ministerin der Staatsregierung wurschtelt aber in seinem oder ihrem Ressort und produziert vor allem Ankündigungen und politische Werbebotschaften. Ein bayerischer Masterplan, der Klimaschutz, gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit zusammenbringt, ist dabei Fehlanzeige. Ein solcher Plan ist aber das Gebot der Stunde, wenn wir hier im Freistaat Bayern unseren Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel leisten wollen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr von Brunn. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal halte ich fest: Hier im Hohen Haus besteht mit einer Ausnahme Grundkonsens darüber, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist. Ihm müssen wir uns stellen. Auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat im Rahmen seiner ersten Regierungserklärung zur Corona-Pandemie deutlich gemacht, dass es beim Umwelt- und Klimaschutz keinen Corona-Rabatt geben darf.

Dieser Grundkonsens ist etwas, auf das wir durchaus aufbauen können und sollten. Umso mehr wundert mich, wenn die Opposition nach Art und Weise eines alten Drehorgelspielers immer wieder die gleiche Leier anstimmt. Sie sagen: Es ist alles zu wenig! Es reicht nicht! Es ist zu unkonkret – und dergleichen mehr!

(Beifall bei der CSU)

Vor wenigen Wochen haben wir das Bayerische Klimaschutzgesetz zusammen mit dem 96-Maßnahmen-Paket beschlossen. – Lieber Herr Kollege Stümpfig, Sie haben dies natürlich auch ein Stück weit zur Kenntnis genommen, von Verstehen möchte ich noch nicht ausgehen. Man braucht keine besonderen prophetischen Fähigkeiten, um zu erkennen, dass das 96-Maßnahmen-Paket sehr konkret, wuchtig, gut und vor allem auch wirksam ist.

(Beifall bei der CSU)

Vielleicht sollten wir uns einmal vor Augen führen, was bereits getan und erreicht worden ist. Auf EU-Ebene ist 2008 das erste klima- und energiepolitische Maßnahmenpaket mit Zielvorgaben für 2020 vereinbart worden. Eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 % im Vergleich zu 1990, eine Erhöhung des Anteils erneuerbarer

Energien um 20 % und eine Verbesserung der Energieeffizienz um 20 % wurden angestrebt. Ein Handelssystem mit CO_2-Zertifikaten wurde eingeführt.

Die Denkfabrik Agora Energiewende, die nicht unbedingt im Verdacht steht, von der Hanns-Seidel-Stiftung unterstützt zu werden oder der CSU nahezustehen, hat in einer Studie im Frühjahr dieses Jahres deutlich gemacht, dass dieser CO_2-Zertifikatehandel auf europäischer Ebene wirkt. Er ist maßgeblich daran beteiligt, dass der Anteil fossiler Energieträger im Bereich der Stromerzeugung zurückgeht. Die Umweltagentur hat in der vergangenen Woche in einer Studie erklärt, dass die EU bei der Reduktion der CO_2-Emissionen durchaus auf einem guten Weg ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wenn ich lese, dass wir einen Kurswechsel bräuchten, dann frage ich mich schon, wohin dieser Kurswechsel gehen soll. Soll der Kurswechsel in die Richtung von Baden-Württemberg gehen? – Dort haben die erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung einen Anteil von 28 %. Ist das der Kurswechsel, den wir anstreben sollten? Oder ist es nicht besser, auf dem bayerischen Weg zu bleiben und den Kurs zu halten? – In Bayern haben die erneuerbaren Energien einen Anteil von 49 %.

Anders als Sie dies fordern, geht es gar nicht darum, einen Kurswechsel anzustreben, sondern darum, den eingeschlagenen Kurs zu halten und den eingeschlagenen Weg kraftvoll weiterzugehen. Genau darum geht es bei all unseren Bemühungen.

Auf Bundesebene haben wir ein Klimaschutzpaket mit ebenfalls konkreten Maßnahmen geschnürt. Auf europäischer Ebene gibt es einen Green Deal, der die Europäische Union im Bereich Klimaschutz insgesamt zum Vorreiter machen wird.Wir haben in Bayern ein Klimaschutzgesetz mit 96 Maßnahmen. Ich kann mich hier nur wiederholen: Genau dieses Maßnahmenpaket ist es, das Umweltschutz, Klimaschutz und Wertschöpfung miteinander verbindet. Das ist der bayerische Weg. Das ist unser Kurs. Da müssen wir Kurs halten und kraftvoll weitergehen

(Zuruf)

und keinen Kurswechsel anstreben, wie Sie es fordern.

In diesem Sinne werden wir die beiden Anträge ablehnen. – Ich gehe davon aus, dass sich die Kollegen Hahn, Stümpfig und von Brunn schon wieder zu Zwischenbemerkungen gemeldet haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

(Zuruf)

Dr. Martin Huber (CSU): – Hahn heute nicht? Okay.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Huber, es gibt zwei Zwischenbemerkungen, aber nicht von den Angesprochenen, zumindest nicht von allen. Der Kollege Stümpfig hat sich in der Tat gemeldet.

(Zuruf)

Als Erster.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Huber, Sie beschreiben den Kurswechsel und vertreten die Meinung, er sollte nicht nötig sein. – Bayern ist das einzige Bundesland, in dem CO_2-Emissionen noch gestiegen sind. Wenn Sie sagen, wir brauchen keinen Kurswechsel, dann leben Sie in einer vollkommen falschen Welt. Die CO_2-Emissionen müssen ganz klar nach unten. Wollen Sie, dass wir weiterhin ansteigende Emissionen haben?

Zu Ihren 96 Maßnahmen: In allen anderen Bundesländern, die Klimaschutzgesetze haben, wurden die Klimaschutzprogramme gemeinsam erarbeitet und auch vom Landtag beschlossen. Die Klimaschutzmaßnahmen sind mit einer Einschätzung hinterlegt, wie hoch die Einsparpotenziale sind. All das ist nicht Inhalt! Ich habe das heute in der Anfrage zum Plenum abgefragt, und mir wurde bestätigt: Es ist nicht vorgese-

hen, hier etwas gemeinsam zu erarbeiten. Der Herr Zierer hat das letzte Mal hier im Landtag noch gesagt: Man muss die Menschen mitnehmen. – Genau das ist hier nicht geplant. Ich kann es nicht verstehen, dass Sie alte Programme – das Klimaschutzprogramm 2016 – hernehmen wollen und jetzt dieses 96-Punkte-Programm bringen, das so unverbindlich ist, und auf den Schild heben. Das ist der vollkommen falsche Weg. Wo sind die Einschätzungen –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Stümpfig!

Martin Stümpfig (GRÜNE): – zu den Reduktionen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Martin Huber (CSU): Die Wortmeldung bestärkt mich in meinem Eindruck des "alten Drehleierspielers", weil Sie wieder nur gebetsmühlenartig immer das Gleiche bemängeln. Ich sage: Wenn wir kein 96-Maßnahmen-Paket vorgelegt hätten, wären Sie wahrscheinlich der Erste gewesen, der gesagt hätte: Aber es braucht doch auch Maßnahmen. Ein paar Regelungen allein – das reicht doch nicht! – Ich kann es hier wiederholen: Die zehn Bereiche decken alles ab, alle Gesellschaftsbereiche von Staat, Kommunen, Wirtschaft, Landwirtschaft, Öko-Landbau, Renaturierung der Moore, Energie und Innovation bis hin zur Forschung mit insgesamt 96 Einzelmaßnahmen. Auch die Unterstützung der Kommunen ist mit drin. Diesen Punkt mahnen Sie immer wieder an. Das ist alles eindeutig mit drin. Wenn man dann noch die Hightech-Agenda des Ministerpräsidenten und der Staatsregierung mitnimmt,

(Zuruf)

dann stehen wuchtige Milliardenbeträge für Innovation und Klimaschutz zur Verfügung. Da brauchen wir uns wirklich nicht zu verstecken. Sie haben halt leider immer noch die "alte Drehleier". Vielleicht kaufen Sie sich mal eine neue.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Zwischenbemerkung ist vom Kollegen Klingen.

(Dr. Martin Huber (CSU): Was, Klingen?)

Christian Klingen (AfD): Grüß Gott, Herr Dr. Huber.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Huber (CSU))

Es gibt ein neues Buch: "Christlich-Soziale Union". Da stehen interessante Sachen drin zur Ausrichtung der CSU, weil wir zum Klimawandel – das wissen Sie ja – eine neue Position vertreten. Da zitiere ich aus Seite 128: Für die CSU ist der Umgang – es geht um diese Klimawandelleugnung der AfD in Bezug auf menschengemachten Klimawandel – nicht so leicht. Sie muss stets auf der Hut sein, damit in Teilen der Wählerschaft nicht das Unverständnis über Belastungen der Bürger durch klimapolitische Maßnahmen, etwa bei der Verteuerung von Kraftstoff und Heizen, in ein generelles Anzweifeln des menschlichen Anteils am Klimawandel umschlägt. Die CSU-Führung muss in diesem Spannungsfeld einen Mittelweg zwischen Hysterie und Ignoranz einschlagen. – Da wollte ich Sie fragen, ob Sie dieser Hysterie, die bei Teilen der SPD und der GRÜNEN vorhanden ist, folgen, um sich vielleicht auf eine Koalition mit den GRÜNEN nach der nächsten Landtagswahl vorzubereiten.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Kollege Klingen, ich kann Ihnen nur sagen: Das Thema "Klimawandel und Klimaschutz" ist viel zu wichtig, viel zu drängend und viel zu wertvoll für billige parteipolitische Spielchen oder Koalitionsüberlegungen. Wir stehen zu unserer Verantwortung. Wir erleben die Auswirkungen des Klimawandels ganz konkret auch bei uns in Bayern. Der Ministerpräsident hat hier schon mal sehr eindrücklich geschildert, wie er auf der Zugspitze das Auftauen des Permafrostbodens beobachtet hat. Man spricht immer vom Auftauen des Permafrostbodens und denkt dabei nur an Sibirien. Auch bei uns wirkt sich das aus als Gefahr verstärkter Murenabgänge. Also:

Der Klimawandel ist konkret. Er findet in Bayern statt. Deswegen kümmern wir uns so kraftvoll um diese Herausforderung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Einen haben wir noch, oder?

Präsidentin Ilse Aigner: Die dritte und letzte Zwischenbemerkung ist vom Kollegen von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Kollege Huber, ich will Sie natürlich nicht enttäuschen und auch eine Zwischenbemerkung machen.

(Dr. Martin Huber (CSU): Mir hätte was gefehlt!)

Ich möchte Sie erstmal korrigieren, weil Sie hier ein bisschen tricksen: Sie haben von 49 % Anteil der Erneuerbaren an der Energieerzeugung gesprochen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Huber (CSU))

Tatsächlich ist es die Bruttostromerzeugung: Sie hat einen Anteil von 49 %. Davon sind fast 30 % Wasserkraft. Wasserkraft gibt es in Bayern seit 1920. Die gibt es deswegen, weil wir hier die Alpen haben. Ich weiß, dass die CSU immer in Anspruch nimmt, auch die Alpen aufgefaltet zu haben. Ich kann Ihnen sagen: Das ist nicht so.

(Zuruf)

Wie erklären Sie sich, dass die Treibhausgasemissionen in Bayern in den letzten Jahren gestiegen und nicht gesunken sind? Woran liegt das, Herr Huber?

Dr. Martin Huber (CSU): Zunächst einmal habe ich deutlich gesagt, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Bayern bei 49 % liegt. Vielleicht haben Sie das falsch verstanden. So habe ich es gesagt.

Zu der anderen Frage zum Ausstoß von CO_2: Wir bewegen uns da auf genau der gleichen Entwicklungslinie wie Baden-Württemberg und sind beim Pro-Kopf-Ausstoß von CO_2 in Tonnen pro Jahr

(Zuruf)

bei 6,2. Insofern haben wir da ambitionierte Ziele. Wir wollen das senken. Das ist ganz klar. Aber so, wie Sie die Bilanz immer schlechtreden, stimmt es mit Sicherheit auch nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht der Herr Kollege Klingen für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Was die GRÜNEN hier unter dem nebulösen Titel "5 Jahre Klimaabkommen von Paris – jetzt umsteuern" fordern, klingt mal wieder ganz stark nach Ideologie in unheiliger Allianz mit dem typischen Verbotswahn. Garniert wird das Ganze mit dem immer gleichen Schrei nach Geld – Steuerzahlergeld. Der eilig nachgezogene Dringlichkeitsantrag der SPD ist ein Abklatsch dessen und gipfelt in der grotesken Aussage: "Das Pariser Klimaschutzabkommen ist ein Meilenstein des internationalen Klimaschutzes."

Meine Damen und Herren, Klimapolitik ist vor allem eines: Wohlfühlpolitik. Wer mitmacht, kann sich auf der richtigen Seite der Moral und anderen Menschen überlegen fühlen. Erschreckend beim GRÜNEN-Antrag ist vor allem diese Forderung: Sämtliche Entscheidungen sollten unter einen Klimavorbehalt gestellt und es soll förmlich überprüft werden, "welche Alternativen am besten geeignet sind, die Pariser Klimaziele einzuhalten." – Was genau muss ich mir darunter vorstellen? Pseudoreligiöser Öko-Faschismus als oberste Staatsdoktrin? Diktieren demnächst Klima-Greta und ihre Fridays-for-Future-Jünger die Gesetze? Der einzige Satz im Antrag, den ich unterstrei-

chen kann, ist dieser: "Klimapolitik muss endlich auf eine wissenschaftsorientierte Basis gestellt werden."

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Meine Damen und Herren, Wissenschaft sollte grundsätzlich Basis unserer Entscheidungen sein. Es fragt sich allerdings, welche Art von Wissenschaft gemeint ist: Eine vom links-grünen Mainstream verordnete einseitige Pseudoforschung? Oder darf es vielleicht auch mal eine neutrale, ergebnisoffene Wissenschaft sein? Dürfen auch kritische Stimmen zu Wort kommen? Die würden dann allerdings zu einem anderen Ergebnis kommen. Solche Stimmen werden ja mittlerweile nicht nur nicht gehört, sondern ausgegrenzt und mundtot gemacht. Der Däne Prof. Björn Lomborg, ein ehemaliger Greenpeace-Aktivist und GRÜNEN-Anhänger, hat sich mittlerweile zum Klimawahnkritiker entwickelt, weil er zu der Erkenntnis gekommen ist: Übertriebener Klimaaktivismus verursacht einen hohen wirtschaftlichen Schaden, und zwar weltweit.

(Beifall bei der AfD)

Diese Aussage von Prof. Lomborg stammt übrigens aus der ARD-Reportage "Klimaschwindel, ein sozialistisches Machtprojekt". Wer sich jetzt wundert, dass die ARD derart kritische Themen bringt, dem sei hiermit gesagt: Die Reportage ist schon etwas älter. Heute findet man selbst bei Google unter dem Stichwort "Kritiker des menschengemachten Klimawandels" kaum noch Einträge. Das sollte uns zu denken geben.

Der Weltklimarat unterstützt eine einseitige Geisteshaltung.

(Zuruf)

Das ist nicht weiter verwunderlich. Schließlich ist der Weltklimarat ein politisches und kein wissenschaftliches Gremium.

(Zuruf)

Es will den Menschen Angst vor der Zukunft machen. Das leuchtet ein; denn wenn man nicht den Menschen die Schuld am Klimawandel zuschieben würde, hätte man keine Chance, an billionenschwere staatliche und private Zuschüsse zu kommen.

(Zuruf)

Eine der Kernaussagen des Klimaabkommens ist, dass die Industrieländer von 2020 bis 2025 jedes Jahr 100 Milliarden Dollar für ärmere Staaten bereitzustellen haben.Es kann nicht angehen, dass der bayerische Steuerzahler, der sowieso schon an allen Ecken und Enden abgezockt wird, auch noch für einen derartigen Wahnsinn zur Kasse gebeten wird.

Wir von der AfD stehen grundsätzlich für Umweltschutz, eine sogenannte Klimapolitik gehört ins ideologische Wolkenkuckucksheim.

(Zuruf)

Wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht der Kollege Benno Zierer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir die Dringlichkeitsanträge anschaue, dann frage ich mich, wo GRÜNE und SPD in diesem Hohen Haus eigentlich während der letzten Jahre waren.

Kolleginnen und Kollegen, umsteuern oder wenden muss, wer in die falsche Richtung unterwegs ist. Der Freistaat Bayern ist durch Koalition und Staatsregierung klimapolitisch auf einem vollkommen richtigen Kurs. Bayern nimmt seine Verantwortung wahr und leistet seinen Beitrag, um das Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen. Es

braucht dazu nicht noch einen Beschluss. Wir lehnen die beiden Dringlichkeitsanträge deshalb ab.

Bayern stellt sich seiner Klimaverantwortung mit Klimaschutzgesetz, Maßnahmenpaket, Wasserstoffstrategie und Hightech Agenda, damit wirtschaftliche Erholung nach Corona Bestand haben kann, bayerische Heimat dauerhaft lebenswert bleibt und bayerische Wirtschafts- und Technologiefelder der Zukunft kraftvoll zu neuen Ufern aufbrechen können.

Die Europäische Union hat sich beim Pariser Abkommen das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 40 % zu senken. Jetzt will die Kommission eine Anhebung auf 55 %.

Wir in Bayern haben dieses 55-%-Gesetz bereits. Bayern ist da, wo die EU hinwill. Bayern ist ambitionierter als alle anderen Bundesländer außer Thüringen. Bayern ist auch ambitionierter als das grün regierte Baden-Württemberg. Wir ziehen selbstverständlich mit, sollte sich die EU auf ein noch höheres Minderungsziel festlegen. Das hat Umweltminister Glauber vor vier Wochen an dieser Stelle ganz deutlich gemacht.

Der Minister hat in seinem Katalog von 96 Maßnahmen, die er vorgelegt hat, einen starken 10-Punkte-Plan mit Investitionen in Höhe von über 700 Millionen Euro angekündigt. Wir setzen dabei auch auf Innovationen, an denen die Wasserstoffstrategie und die Hightech Agenda mitarbeiten. Wir haben den Ausbau erneuerbarer Energien sogar im Klimaschutzgesetz verankert. Bis 2022 sollen allein bei der Photovoltaik 15,7 Gigawatt zugebaut werden. Wir haben den Plan schon, den sich die SPD für eine ökologische Modernisierung wünscht.

Das alles ist eine starke Ansage zum fünfjährigen Jubiläum des Klimavertrags von Paris. Bayern ist auf Kurs, und Bayern erhöht die Geschwindigkeit.

Und die SPD und die GRÜNEN? – Sie haben sich der Aufnahme des Klimaschutzes in die Bayerische Verfassung verweigert. Also, nachdenken: Wer fährt denn eigentlich falsch? – Wir fahren richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Mir wird hier der Saft entzogen. – Als letzter Redner hat der Kollege Skutella für die FDP-Fraktion das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen der GRÜNEN, wir können den Feststellungen zu Beginn Ihres Antrags größtenteils zustimmen; denn im Wesentlichen werden da eigentlich nur Allgemeinplätze wiederholt.

Natürlich hat jeder Vertragspartner des Pariser Übereinkommens der Verantwortung nachzukommen und seinen Teil zur Begrenzung des Anstiegs der Erderwärmung auf 1,5 Grad zu leisten. Jedoch nehmen unrealistische Ziele wie die Emissionsreduktion auf europäischer Ebene von 60 % bis 2030 weder die Bevölkerung noch unsere Wirtschaft mit auf den Weg zu der von uns allen gewünschten Klimaneutralität.

Ihre Forderungen nach einem CO_2-Budget, nach einem Ausbau der erneuerbaren Energien auf eigene Faust sowie einem Klimavorbehalt bei sämtlichen politischen Entscheidungen reihen sich dabei passenderweise in Ihre ineffiziente Klimaschutzpolitik ein. Dies zeigt auch der neue Ariadne-Bericht, der gestern vom federführenden Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung veröffentlicht wurde. Die Forscher betonen darin, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Anstrengungen nicht auf zu viele Maßnahmen gleichzeitig setzen dürfen. Die Quintessenz der Studie besagt, dass es bei einem Einbezug der Sektoren "Gebäude" und "Verkehr" in den europäischen Emissionshandel und bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung nationaler Emissionsreduktionsziele in beiden Sektoren zu Ineffizienzen und keinem Mehrwert für den Klimaschutz käme.

(Beifall bei der FDP)

Denn die nationalen Extramaßnahmen – wie der von Ihnen geforderte bayerische Ausbau der erneuerbaren Energien – würden den Preis für Verschmutzungszertifikate senken und die Ausweitung des Emissionshandelssystems unterminieren. Ich zitiere einen der beteiligten Forscher, Michael Pahle: Die bestehenden Instrumente einfach hochzuschrauben, mag politisch am einfachsten umsetzbar sein. Aber es bleibt ein Wünsch-dir-was-Szenario, weil nicht definiert ist, welches Instrument wirklich liefern muss, wenn eine Verfehlung der Ziele droht. – Kurz gesagt: Zu viele Köche verderben den Brei, zu viele Klimainstrumente eben auch.

Unser Weg zum europäischen Beitrag zum Pariser Übereinkommen ist daher klar: Wir müssen primär die Sektoren "Gebäude", "Verkehr" und "Schifffahrt" in das ETS aufnehmen, wobei die Marktstabilitätsreserve ab 2021 den CO_2-Preis deutlich anheben wird.

Die weiteren Verordnungen und Richtlinien zu verschiedenen Bereichen – zum Beispiel erneuerbare Energien, Flottengrenzwerte, Gebäudeeffizienz und Lastenteilung – dürfen nicht verschärft werden. Auch führen Alleingänge auf Ebene der Bundesländer nur dazu, die klimapolitischen Anstrengungen auf Europaebene zu konterkarieren.

Wir lehnen daher Ihren Antrag und auch den Nachzieher der SPD ab.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 18/11882 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Wer ist dagegen? – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU,

die FDP, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/11906 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und die beiden Fraktionslosen. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.